

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	39. Sitzung <b>Hauptausschuss</b>
	Termin:	19. März 2019, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
	Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

**Punkt 2 der Tagesordnung: Abschluss von Rahmenverträgen zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz  
Vorlage: 2019/0136**

**Beschluss:**

1. Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der Vergabe der Rahmenverträge zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für den Zeitraum vom 01.04.2019 bis 31.03.2020 mit einmaliger Verlängerungsoption um weitere 12 Monate an die Firmen BPM Zeitarbeit GmbH & Co.KG, Call a Trucker Personalservice GmbH, EURA Personalservice GmbH, F.A.L.K Facility-Management GmbH und SYNERGIE Personal Deutschland GmbH zu.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Bietern Rahmenverträge im Gesamtwert von 732.052,30 € inkl. MwSt. bei einjähriger Laufzeit bzw. 1.464.104,60 € inkl. MwSt. bei 2 jähriger Laufzeit abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf.

**Bürgermeisterin Lisbach** erläutert, es gehe heute um Rahmenverträge ohne Anspruch auf Mindestinanspruchnahme. Es sei erklärtes Ziel, Leiharbeit soweit wie möglich zu reduzieren, um krankheitsbedingte Ausfälle zu kompensieren, damit die Müllentsorgung erledigt werden könne. Sie habe das AfA um eine Zielvorgabe für die Senkung der Quote gebeten. Zudem werde das AfA prüfen, ob die Reserven im Personalbedarf, vor allem bei den Müllladerinnen und Müllladern, angepasst werden müssen. Sie verweist auf die Vorlage.

Das Amt für Abfallwirtschaft habe in den vergangenen Jahren eine hohe Krankheitsquote von knapp 15 % gehabt. Die Gründe seien sehr vielseitig. Es habe sehr viele personelle Wechsel im Leitungsbereich des AfA gegeben. Diese haben sicherlich dazu beigetragen, dass man auf die hohen Krankheitsquoten nicht adäquat mit Maßnahmen reagieren konnte.

Jetzt habe sich viel verändert. Erst mit der Besetzung der neuen Amtsleitung im Oktober und der neuen stellvertretenden Amtsleiterin war eine Systematisierung möglich. Nunmehr habe jeder Bereich – Abfallsammlung, Straßenreinigung, stationäre Anlagen und Verwaltung – einen festen Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin in der Personalstelle. Personalfragen und Stellenbesetzungen könne man nun sehr zeitnah angehen.

Es sei in der Vorlage ausgeführt, dass regelmäßige Rückkehr- und Fehlzeitengespräche etabliert werden. Diese sollen dabei helfen, die Fehlzeiten zu senken, die Ursachen aufzuklären und adäquat zu reagieren. Es solle die Kommunikation mit den Mitarbeitenden deutlich verbessert und damit die Motivation gesteigert werden. Ebenso wolle man auf die subjektive Arbeitssituation eingehen, um mögliche betriebliche Ursachen für diese Fehlzeiten zu identifizieren und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Ein weiterer Baustein sei eine Stärkung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements unter Beteiligung des Ärztlichen Dienstes und des Personal- und Organisationsamtes. Dieses zeitintensive Verfahren sei bisher nur sehr selten angewandt worden, werde jetzt aber stringenter durchgeführt.

Ebenso habe es organisatorische Verbesserungen auch in der Abfallsammlung gegeben. Die offenen Disponentenstellen seien besetzt worden. Man gehe davon aus, dass in diesem Bereich keine Leiharbeit mehr in Anspruch genommen werden müsse. Zudem habe eine Überarbeitung der Touren stattgefunden, um weitere Synergieeffekte zu erzielen. Ebenso werde die Umstellung auf Niederflurfahrzeuge die Verletzungsgefahr nochmals senken.

Sie gibt an, man tue vieles, um die Leiharbeiterquote sukzessive zu senken. Daher bitte sie darum, dem Amt für Abfallwirtschaft die Möglichkeit zu geben, den aufgezeigten Weg mit einem gezielten Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter entschlossen anzugehen, um auch gewährleisten zu können, dass ein Stehenbleiben von Touren und Tonnen im Sinne der Bürgerschaft vermieden werden könne.

**Stadtrat Marvi (SPD)** erklärt, seine Fraktion habe sich bereits in der Sitzung des Gemeinderates zu der Gesamthematik Leiharbeit geäußert. Seine Fraktion habe ein grundsätzliches Problem mit Leiharbeit im Öffentlichen Dienst. Deswegen könne er dieser Vorlage keine Zustimmung erteilen.

Es bleibe jedoch weiterhin beim Lob für die Verwaltung, da verschiedenste Maßnahmen ergriffen werden. Er unterstelle der Verwaltung auch den guten Willen, vorankommen zu wollen. Im Gemeinderat sei von seiner Fraktion deshalb bewusst auf eine Terminvorgabe verzichtet worden. Vom Vorsitzenden habe man die Zusagen erhalten, dass bald entsprechende Konzeptionen für einzelne Amtsbereiche vorgelegt werden, sodass darüber debattiert werden könne. Aber es bleibe einfach dabei, dass nach 24 Monaten noch ein beachtliches Volumen bestehe.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE)** teilt die Ansicht, dass der gute Wille erkennbar sei.

Seine Fraktion finde sehr gut, dass es öffentlich dargestellte Ziele gebe, wie Leiharbeit reduziert werde. Diverse schon ergriffene Maßnahmen seien heute angesprochen worden.

Dazu kommen der Einsatz von Überhangstellen, was einer angestrebten Poollösung ähnele, sowie Maßnahmen zur weiteren Reduzierung des hohen Krankenstandes. Das seien äußerst wichtige Aspekte.

Gerade in Bezug auf den noch im Gemeinderat zu behandelnden interfraktionellen Antrag zu Equal Pay sei ihm besonders wichtig, dass bei einem Auftrag mit derartig großem Volumen und einem Einsatz von ungelerten Hilfsarbeitern eine Einhaltung der Tariftreue und Bezahlung des Mindestlohns geprüft werde. Gerade bei ungelerten Hilfsarbeitenden bestehe das Risiko, dass es Probleme gebe.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** führt an, in der Vorlage stehe, dass an die Firmen der Leiharbeitenden durchschnittlich 65.000 € brutto im Jahr gezahlt werden. Somit sehe er eine gute Chance, dass die Leute auch gutes Geld verdienen.

Zudem wolle er wissen, ob die Stellen in der Disposition bereits besetzt und warum diese solange unbesetzt geblieben seien. Hier sei die Vorlage nicht eindeutig. Zum anderen interessiere ihn, warum über Jahre Fahrzeuge mit erhöhtem Verletzungsrisiko eingesetzt worden seien.

**Bürgermeisterin Lisbach** antwortet in Bezug auf das Verletzungsrisiko, der Ausstieg aus dem Fahrzeug erfolgte bisher einfach aus einer anderen Höhe. Im neuen System seien nun Niederflurfahrzeuge geplant. Insofern habe kein erhöhtes Verletzungsrisiko bestanden, aber zukünftig solle ein weiteres Risiko minimiert werden.

**Frau Schönhaar (Amt für Abfallwirtschaft)** ergänzt auf die Fragestellungen von Stadtrat Dr. Schmidt, dass eine Disponentenstelle seit 01.03.2019 besetzt worden sei und die zweite zum 01.04.2019 besetzt werde. Es habe im letzten Jahr bereits ein Ausschreibungsverfahren gegeben, bei dem auch zwei Kandidaten gefunden worden seien, aber leider musste man sich von einem bereits nach einer Woche wieder trennen, da die Anforderungen nicht erfüllt worden seien. Bis zur Nachbesetzung habe es jetzt einfach eine Zeit gedauert.

Zum angesprochenen Verletzungsrisiko legt sie dar, dass ein Einsatz von Niederflurfahrzeugen von Vorteil sei. Die Mitarbeitenden müssen immer wieder ein- und aussteigen oder hinten auf dem Trittbrett stehen und daher sei es gut, wenn die Spanne nicht so hoch sei. Es habe nicht ständig Verletzungen gegeben, aber ein Risiko könne einfach gesenkt werden.

**Der Vorsitzende** trägt nach, beim Einsatz von Niederflurfahrzeugen sei ein Vorteil, dass die Arbeit rückschonend und ergonomisch verrichtet werden könne. Er sehe weniger ein akutes Verletzungsrisiko.

Bezugnehmend auf die Aussage von Stadtrat Konrad gibt er zu verstehen, dass schon immer mit einem zehnpromzentigen Überhang gefahren werde. Diese Poollösung habe es als Reservelösung gegeben. Nur habe diese am Ende nicht mehr gereicht. Bei einer Krankheitsquote von rund 15 Prozent handle es sich um einen Durchschnittswert. Man habe auch Phasen mit 20 oder 30 Prozent Krankheitsquote und das bekomme man nicht aufzufangen. Derzeit gebe es ca. 90 Personen mit über 45 Krankheitstagen. Dem Grunde nach müsse man sie sich um jeden Einzelfall kümmern, Wiedereingliederungsmaßnahmen anbie-

ten und in gegenseitiger Abstimmung ein Gesundheitsmanagement, vertiefte ärztliche Untersuchungen und Beratungen durchführen. Hierzu haben die Kapazitäten in der letzten Zeit einfach nicht ausgereicht. Das Amt für Abfallwirtschaft habe jedoch einen guten Weg eingeschlagen, auch in der noch anstehenden Optimierung von Touren sehe er Vorteile. Es gebe ganz verschiedene Stellschrauben, die alle am Ende die Situation erheblich verbessern werden. Aber es gebe möglicherweise Krankheitswellen, die dazu führen, dass ohne Leiharbeitende die Mülltonnen stehen bleiben müssen. Bei aller Wertschätzung für das Thema Leiharbeit wolle er das Risiko jedoch nicht eingehen, dass am Ende die Bürgerinnen und Bürger die Leidtragenden seien.

Er nimmt weiter Bezug zum angesprochenen Thema der Tariftreue. Er sei bisher immer davon ausgegangen, dass die Personaldienstleistungsfirmen den Tarif und Mindestlohn zahlen müssen. Er bittet das Amt für Abfallwirtschaft darum, hier nochmals eine Überprüfung vorzunehmen.

Der Wille zur Reduzierung von Leiharbeit sei erkennbar und vorhanden. Der Gemeinderat habe ziemlich alle Daumenschrauben angelegt, die man sich in dem Bereich politisch vorstellen könne. Umgekehrt brauche die Verwaltung aber auch die Sicherheit, um im Notfall einfach den Betrieb gewährleisten zu können. Man wolle den Rahmen natürlich unterschreiten, aber man habe die Sicherheit, dass im Notfall ausreichend Leiharbeitskräfte zur Verfügung stehen. Insofern könne er nur appellieren, der heutigen Vorlage zuzustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt bei vier Gegenstimmen mehrheitliche Zustimmung fest.

Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

**Schluss der öffentlichen Sitzung:** 16:59 Uhr

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
15. April 2019